# Deutsche Allgemeine Zeitung

Norddeutsche Allgemeine Zeitung

Das Blatt erscheint täglich zweimal, Sonntags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist vierteljährlich Mark 15.—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32
Schriftleitung: Berlin SW 48, Wilhelmstraße 30/31.
Fernsprecher:
Schriftleitung: Nollendorf 4783, 4784, 4785, 4786, 4787, 4788.
Geschäftsstelle: Nollendorf 5990, 5991, 5992, 5983, 5984, 5985, 5986, 5987, 5988.

Preis für die Anzeigenzeile Mk. 1.20 zuzügl. 20% Teuerungszuschlag; für die Reklamezeile Mk. 5.— zuzügl. 20% Teuerungszuschlag. Stellengesuche 60 Pfg. für die Zeile zuzügl. 20% Teuerungszuschlag.

Nummer 570. Donnerstag, 20. November 1919. Morgen-Ausgabe. 59. Jahrgang.


## Die Schweiz für unsere Gefangenen.

Eigene Drahtmeldung.

R. Basel, 19. November.

Der Genfer Abgeordnete Micheli brachte in der heutigen Sitzung des Nationalrats folgenden Antrag ein:

Der Bundesrat wird ersucht, im humanitären Interesse die Schritte zu unterstützen, die das internationale Rote Kreuz bei den betreuenden Regierungen unternommen hat, um die möglichst baldige Heimschaffung der fern von ihrer Heimat zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen, so namentlich der Osterreicher und Ungarn aus Sibirien, der Russen aus Deutschland und der Deutschen aus Frankreich zu erlangen.

**Der deutsch-schweizerische Abgeordnete Eugster unterstützte den Antrag, der von etwa 100 deutsch-schweizerischen und welschen Abgeordneten unterzeichnet ist, und erklärte, daß das Los der Kriegsgefangenen heute entsetzlich ist.**

**Bundespräsident Abor nahm im Namen des Bundesrates den Antrag an und führte aus, daß die Mitteilungen der Vorredner leider nur zu berechtigt seien. Er wird sich noch heute mit anderen Staaten, namentlich mit Schweden deshalb in Verbindung setzen.**

### Beitritt der Schweiz zum Völkerbund.

A. Zürich, 19. November. (Eigene Drahtmeldung) **Der schweizerische Nationalrat hat gestern den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund beschlossen. Der Vertreter des Bundesrats gab die Erklärung ab, der Beitritt könne nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Neutralität der Schweiz auch im Falle militärischer Maßnahmen vollkommen aufrecht erhalten bleibe.**

## Abgeordneter Gröber gestorben.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung, Abg. Gröber, ist gestern mittag 12¼ Uhr während eines Gespräches mit Geheimrat Jungheim, dem Direktor bei dem Reichstag, von einem Schlaganfall ereilt worden und verschieden.

Adolf Gröber wurde am 11. Februar 1854 zu Riedlingen geboren. Er besuchte die Volksschule in Weingarten, das Lyzeum in Ravensburg und das Obergymnasium in Stuttgart. Auf den Universitäten Tübingen, Leipzig und Straßburg studierte er Rechtswissenschaft, wurde 1878 Referendar in Rottweil, und übte staatsanwaltliche und richterliche Tätigkeit bei den Amtsgerichten Nereckheim und Saulgau und den Landgerichten Hall, Ravensburg und Heilbronn aus. 1887 wurde er in den Reichstag gewählt, dem er bis 1918 ununterbrochen angehörte. 1889 gelangte Gröber in die Zweite Kammer des württembergischen Landtags, deren Mitglied er gleichfalls ununterbrochen bis 1918 blieb. Durch seine besonderen politischen Fähigkeiten gewann Gröber bald in der Zentrumspartei führende Stellungen; so wählten ihn sowohl die Zentrumsfraktion des Reichstags, wie die des württembergischen Landtags zum Vorstandsmitglied. Auch im Volksverein für das katholische Deutschland und in der Zentralkommission der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands nahm Gröber schnell leitende Posten ein. Als am 5. Oktober Reichskanzler Prinz Max von Baden sein Kabinett zusammenstellte, wurde Gröber als Führer des Zentrums Staatssekretär. In die Nationalversammlung wählte ihn der Wahlkreis 31/32 (Württemberg).

Mehrfache Krankheitsanfälle nötigten den bis zur letzten Minute tätigen Politiker während der Sommermonate zur Arbeitsunterbrechung, bis jetzt ein erneuter Schlaganfall seinem Leben ein Ende bereitete. Die Zentrumspartei betrauert einen ihrer bewährtesten Führer, der in den großen parlamentarischen Debatten, in früheren Zeiten nächst Bertling, neuerdings an erster Stelle den Standpunkt des Zentrums mit rücksichtsloser Offenheit vertrat.

### Das Beileid des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat an den Generalsekretär der Zentrumsfraktion das nachstehende Telegramm gerichtet:

Tieferschüttert höre ich von dem plötzlichen Hinscheiden des verehrten Führers Ihrer Fraktion. In ihm verliert die Zentrumsfraktion, die Nationalversammlung und mit ihr das deutsche Volk einen der verdienstvollsten Parlamentarier, der durch viele Jahrzehnte in selbstloseste Hingabe für die gemeinsame Sache des Vaterlandes gewirkt hat. Ich spreche der Fraktion und der Partei des Zentrums mein aufrichtiges und tiefes Mitleid zu diesem schweren Verluste aus. gez. Ebert, Reichspräsident.

### Die abgebrochene Reise der deutschen Delegierten.

Die deutsche Delegation für die Arbeitskonferenz in Washington wird infolge des im Auftrage der Reichsregierung an sie gerichteten Telegramms, daß sie noch rechtzeitig in Gothenburg erreicht hat, nach Deutschland zurückkehren. Der französische Arbeiterdelegierte Jouhaux hat gebeten, der deutschen Arbeiterdelegation mitzuteilen, daß er sich nach Kräften bemüht habe, eine schnelle Ueberfahrt der deutschen Delegation zu ermöglichen.

S. Haag, 19. November. (Eigene Drahtmeldung.) **Auf der internationalen Arbeitskonferenz in Washington kamen auch die Fragen der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Schiffer zur Sprache; erneut sie nicht zur Beratung standen. Es wurde beschlossen, daß diese beiden Fragen als wichtige Punkte auf das Programm der im nächsten Jahre stattfindenden Sitzung der Konferenz gesetzt werden sollen. Ueber die Kinderarbeit brachten die belgischen und spanischen Arbeiterdelegierten sowie die Regierungsvertreter dieser Staaten einen Antrag ein, Kinder im Alter von 13 bis 14 Jahren sofern ihre elementare Bildung abgeschlossen ist, interimistisch zu beschäftigen. Den Staaten, die vorläufig auf die Kinderarbeit noch verzichten, soll damit die Möglichkeit gegeben werden, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. In bezug auf die Frauenarbeit wurde entschieden, daß die Frauen grundsätzlich den Männern gleichgestellt werden sollen, mit Ausnahme der Zeit während der Schwangerschaft und nach der Niederkunft. Für diese Zeit wurde bestimmt, daß Frauen in Betrieben, welche Vergiftungsgefahren ausgesetzt sind, nicht beschäftigt werden dürfen.**

## Ein Kabinett Huszar in Ungarn.

### Friedrich nur bedingt ausgeschaltet.

Eigene Drahtmeldung.

u. Budapest, 18. November.

In einer Unterredung, die ich soeben mit dem bisherigen Ministerpräsidenten Friedrich hatte, äußerte sich dieser vor dem heute nachmittag zusammentretenden Ministerrat folgendermaßen:

Der national-christliche Block, der zwiefaches die erdrückende Mehrheit Ungarns vertritt, ist geneigt, an einer Konzentration in der Weise teilzunehmen, daß er ein oder zwei Portefeuilles und Staatssekretariate den liberalen Parteien und Sozialdemokraten anbietet. Sir George Clerk verlas bei der gestrigen Konferenz eine Note. Zusätze einer Punkts dieser Note bildet meine Person ein Hindernis der Entwirrung, und will mich die Entente deshalb nicht an der Stelle des Ministerpräsidenten sehen, fragen, daß Friedrich ein Portefeuille behält, hat die Entente keine Einwendung, weil ich es war, der den Erzherzog Josef als Verweser berufen hat. Ich hätte mich dadurch mit den Grundsätzen identifiziert, die im Zusammenhang mit den Prinzipien der Habsburger und Hohenzollern stehen. Darin ist der Grund zu suchen, daß sie meine Regierung nicht anerkennen, aber durchaus nicht darin, weil ich der Führer des christlich-nationalen Blocks bin. Sollte ich als Führer der Nation zurückkehren, d. h. wenn nach den Wahlen ein freies Volk mich zu seinem Führer wählt, werden meine Rechte unbedingt anerkannt werden. Die Entente hat für die Friedensverhandlungen die Anerkennung einer gesetzmäßigen Lage bis zu den Wahlen die Geschäfte führenden Regierung an meine Bedingung geknüpft, indem sie aber gleichzeitig feststellte, daß es nach den Wahlen der Mehrheit der Nation überlassen sei, zu entscheiden, wer der Führer der Regierung sein solle. In dieser Uebergangsperiode will ich keine Schwierigkeiten verursachen und stelle mein Amt als Ministerpräsident zur Verfügung des christlichen Blocks, der nach seinem Gutdünken entscheide.

Budapest, 18. November. Am Nachmittage fand unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Friedrich der angekündigte Ministerrat statt, der zu den Erklärungen Clerks Stellung nehmen sollte. Die Kabinettsmitglieder stimmten dem Rücktritt Friedrichs zu, worauf Kultusminister Huszar zum Ministerpräsidenten bestimmt und beauftragt wurde, ein Konzentrationskabinett zu bilden. Sobald die Namenliste des Kabinetts von der Entente gutgeheißen wird, wird Ministerpräsident Friedrich die neue Regierung ernennen und selbst zurücktreten. Falls die Wahlen zu dem anberaumten Termin nicht stattfinden, ist die Regierung verpflichtet, die Macht in die Hand Friedrichs zurückzulegen.

### Drohende Sprache Clerks.

Meldung des Ungarischen Tel.-Korr.-Bureaus.

Budapest, 18. November.

Heute fand eine interparteiliche Konferenz statt, in welcher Sir George Clerk eine umfangreiche Erklärung verlas, die betonte, daß sich die Entente in die inneren Angelegenheiten des Landes nicht einmischen wolle, aber Drohungen für den Fall entspricht, daß die gegenwärtige Regierung den Wünschen der Entente nicht nachkommt.

„Wenn die Hand", fuhr Clerk fort, „die ich ausgestreckt habe, nicht ergriffen wird, dann verlasse ich Budapest in der sorgenvollen Erkenntnis, daß Ungarn sein eigenes Schicksal herausfordern brachtet. Dann bedeutet das, daß auch alle Beziehungen der Verbündeten mit Ungarn aufhören, denn die Verbündeten können das Verhalten Ungarns nur dahin auslegen, daß das Land den Frieden nicht benötigt und der Ansicht ist, es könne ohne Hilfe der Entente wieder aufgerichtet werden."

Nach Schluß des gestrigen Ministerrates fand abends noch eine Konferenz der Parteien statt, in der den Parteiführern zur Kenntnis gebracht wurde, daß der Vertreter der Entente nichts dagegen einzuwenden habe, wenn an die Spitze der Regierung der bisherige Kultusminister Huszar tritt.

*

Nach einer Pariser Meldung nahm der Rat Kenntnis von einem Telegramm Clerks, welches besagt, daß bei dem Einzug des Admirals Horthy in Budapest die Ruhe aufrechterhalten wurde. Clerk mußte jedoch auf das energischste gegen die Verhaftung mehrerer sozialistischer Führer durch das Militär protestieren.

### Der Unterzeichnungstermin für den bulgarischen Vertrag.

Paris, 18. November. (Havas.) Der Oberste Rat hat beschlossen, daß der Friedensvertrag mit Bulgarien am 27. November im Rathaus von Neuilly-sur-Seine unterzeichnet werden soll. Ferner hat der Rat beschlossen, Venizelos mitzuteilen, daß er den bereits von der Konferenz hinsichtlich des vorläufigen Charakters der Besetzung Smyrnas bekundeten Standpunkt nur bestätigen könne.

1. Frankfurt a. M., 19. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Nachricht der „Frankfurter Zeitung" aus Sofia hat der Ministerrat den Minister des Innern ermächtigt, folgende Personen verhaften zu lassen: 1) alle ehemaligen Minister, welche die Kriegserklärung beschlossen haben, 2) alle ehemaligen Abgeordneten, die „aus Eigennutz Bulgarien in den Krieg getrieben" haben, 3) alle Journalisten, die bestochen waren, um für den Krieg Stimmung zu machen, 4) alle Personen von politischer oder gesellschaftlicher Stellung, die mit ihrem Einfluß auf den Krieg gegen die Entente hingewirkt haben, und b) alle Zivil- und Militärpersonen, die in besetzten Gebieten das Völkerrecht verletzt haben.

### Der Kohlenmangel in Amerika.

**Chicago, 18. November. Wie verlautet, wird beabsichtigt, den Personenverkehr um 40 Prozent zu vermindern und alle unwesentlichen Industrien stillzulegen. Durch diese Maßnahme würden 15 Millionen Menschen arbeitslos werden.**

Amsterdam, 18. November. Laut „Telegraaf" berichten die „Times" aus Washington, aus allen Bergwerksmittelpunkten werde berichtet, daß die Arbeiter sich weigern, die Arbeit wieder aufzunehmen, bevor die Konferenz in Washington ihre Forderungen bewilligt hat.

Chicago, 18. November. (Reuter.) Der oberste Gerichtshof von Kansas hat bestimmt, daß der Staat gewisse Kohlenbergwerke in Betrieb zu nehmen hat, und daß Verwalter für die Bergwerke ernannt. Aehnliche Maßnahmen sind in Ohio getroffen worden, da sich die Bergwerksbesitzer weigerte, die Bergwerke zu betreiben.

### Betriebseinstellung auf der Prinz-Heinrich-Bahn.

a. Luxemburg, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Prinz-Heinrich-Bahn mußte wegen Kohlenmangels den Güterbetrieb einstellen. Wahrscheinlich muß auch der Personenverkehr zeitweilig eingestellt werden. Die Kohlennot beginnt auch auf die Post und das Schulwesen übergreifen.

## Sozialistisch-klerikaler Wahlsieg in Italien.

Eigene Drahtmeldung.

M. Rom, 18. November.

Wegen des verwickelten Wahlverfahrens bringen die Blätter nur Teilergebnisse der Wahlen. Danach errang in Rom die Klerikale Volkspartei die erste Stelle; dicht folgten ihr die Sozialisten. Alle Blätter besprechen die geringe Wahlbeteiligung, welche in ganz Italien kaum 50 Prozent überstieg und in Rom 29 erreichte. Die Blätter führen diese Apathie auf das Listenwahlsystem zurück, das den Wähler zwinge, ohne Kenntnis ihm unbekannte unsympathische Kandidaten zu wählen. „Epoca" sagt, es eine aus solchen Wahlen hervorgegangene Kammer wünsch den Volkswillen darstelle.

Die Wahlenthaltung der nicht organisierten Anhänger der bürgerlichen Parteien begünstigte allgemein stark die gut organisierten Klerikalen und Sozialisten. Es wird angenommen, daß die Sozialisten über hundert, die Klerikalen über neunzig Abgeordnete bekommen.

Rom, 19. November. (Stefani.) Nachrichten aus Mailand besagen, daß Mussolini, der Direktor des „Secolo", dessen Wahl als sicher bezeichnet werden kann, gestern verhaftet wurde, weil in dem Bureau seiner Zeitung Sprengstoff vorgefunden wurde.

Mailand, 19. November. „Corriere della Sera" meldet, daß die Änderungen in der neuen Kammer größer seien, als man vermute. Es könne als sicher angenommen werden, daß zur ungefähr 150 der bisherigen Deputierten nach Rom zurückkehren werden. Nach Telegrammen aus Rom an den „Corriere" fand gestern ein Ministerrat statt. Die Sitzung dauerte ungefähr drei Stunden. Es wurde die politische Lage, wie sie aus den Wahlen hervorgeht, geprüft, aber es fanden auch lange Besprechungen über wirtschaftliche, finanzielle und internationale Fragen statt. Der Ministerrat wird sich heute neuerdings versammeln.

### d'Annunzio-Truppen in Zara?

**Agram, 19. November. Dem Südslawischen Pressbureau zufolge hat d'Annunzio einen Teil seiner Truppen in Zara gelassen.**

### Der Ruck nach rechts in Frankreich.

Paris, 18. November. Von den Kammerwahlen sind bisher ungefähr 590 Resultate bekannt, und zwar errangen bisher: Links-Republikaner 125 Sitze (Verlust 36), Radikale 54 (Verlust 7), Radikalsozialisten 78 (Verlust 85), Republikanische Sozialisten 26 (Verlust 7), vereinigte Sozialisten 25 (Verlust 32), bestimmte Sozialisten 6 (Gewinn 6), Progressisten 126 (Gewinn 76), Action liberale 76 (Gewinn 42), Konservative 42 (ebenso Gewinn nach Verlust).

### Der Erfolg der belgischen Sozialisten.

Brüssel, 19. November. (Reuter.) Nach den letzten Wahlergebnissen verlieren die Katholiken 23 bis 24 Sitze, die Liberalen eine 10, während die Sozialisten ungefähr 35 Sitze gewinnen. Alle Minister sind wiedergewählt worden, desgleichen Bürgermeister May von Brüssel.

### Das englische Ausländergesetz.

London, 19. November. (Havas.) Das Unterhaus nahm gestern in dritter Lesung einstimmig das Ausländergesetz an.

In Beantwortung einer Anfrage erklärte Bonar Law, daß die Kosten der Besetzung der Türkei von den Mächten zu tragen seien, die etwa ein Mandat über die betreffenden Gebiete erhalten werden.

S. Haag, 18. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die englische Regierung hat nach englischen Blättermeldungen beschlossen, den Preis der Steinkohle um 2 Schilling herabzusetzen.

## Deutsche Schiffahrt und Entente-Forderungen.

### Die verlangten 400 000 Tonnen.

Von einem Schiffahrtsfachverständigen wird uns geschrieben:

Es ist mit Bedauern festzustellen, daß die Tragweite der letzten Entente-Note, welche uns als „Schadenersatz" für die in Scapa Flow versenkten Schiffe der Kriegsmarine die Lieferungen von 400 000 To. Schiffahrtsmaterial auferlegt, in ihrer mörderischen Wirkung von der Oeffentlichkeit nur unvollkommen verstanden wird. Eine Schilderung der Rechtslage und der Folgen einer solchen Abgabe erscheint daher dringend geboten.

Die Rechtslage ist kurz die folgende: Bekanntlich verlangte der Waffenstillstandsvertrag die Internierung der deutschen Hochseeflotte in neutralen und in Ermangelung solcher in alliierten Häfen. Im Vertrauen auf eine loyale Ausführung dieser Bedingung wies die Reichsregierung die Hochseeflotte zur Ausfahrt an, welche im Interesse des Landeswohles von unseren Seestreitkräften getreu ausgeführt wurde, „wie das Gesetz es befahl". Die Fahrt endete im feindlichen Hafen, ohne daß die Entente nachweislich auch nur einen Versuch unternommen hätte, neutrale Häfen in Anspruch zu nehmen. Die internierten Schiffe wurden alsbald von jeder Funkenverbindung mit der Heimat abgeschnitten, die Post unter Zensur gestellt. Der deutsche Admiral war von diesem Zeitpunkt an zu seiner Unterrichtung über die Lage ausschließlich auf englische Zeitungen angewiesen. Er mußte daher auf Grund seiner letzten deutschen Nachrichten annehmen, daß die Regierung den Vertrag von Versailles möglichst nicht unterzeichnen werde. Admiral von Reuter war also zu dem Glauben berechtigt, daß mit Ablauf des Waffenstillstands der Kriegszustand wieder eintrete, und befand sich in der Lage des Seebefehlshabers für den die Instruktion maßgeblich ist: „Der Kommandant, der die Flagge streicht, oder sein Schiff dem Feind übergibt, verfällt dem Kriegsgericht." Befehl wie Tradition mußten daher sein Handeln diktieren, als er die Schiffe, die zur Zeit einwandfrei deutsches Eigentum waren, versenkte, eine Handlung, die in nichtpolitischen feindlichen Kreisen, namentlich in der englischen Marine, die Anerkennung der Selbstverständlichkeit fand.

Die Note Clemenceaus vom 25. Juli bezeichnete dieses Geschehnis alsbald als Waffenstillstandsbruch, und Einschätze schlossen mit Recht hieraus, daß Ersatzforderungen meistgehender Art auf ihm gegründet werden würden. Der in der betreffenden Note vertretene Standpunkt des Obersten Rates entbehrt jedoch, wie bereits gezeigt, durchaus der Rechtsgrundlage. Lediglich infolge der englischen Maßnahmen kam die Versenkung zustande, und das Versenkte war deutsches Eigentum. Erst mit Inkrafttreten des Friedensvertrages gilt auf Grund des Art. 184, 1. („Mit Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages verliert Deutschland das Eigentum an allen Uebermasserkriegsschiffen, die sich außerhalb der deutschen Häfen befinden") das Schiffsmaterial, versenkt oder nicht versenkt, in feindliche Hände über; eine gleiche Handlungsweise des Admirals noch diesem Zeitpunkt wäre in der Tat ein Bruch des Waffenstillstands gewesen, für den deutsche Gerichte ihm zur Verantwortung zu ziehen hätten.

Die Forderung der Verbündeten nach „Ersatz" stellt daher keine durch Art. 184 begründete, sondern eine durchaus neue Forderung dar, die in bezug auf das Kriegsschiffmaterial tief in die winzigen Bestände eingreift, welche nach Art. 181 dem Deutschen Reich zur Erfüllung seiner ihm verbleibenden notwendigsten Aufgaben bezgl. militärischer Seefahrt belassen waren. Mit dieser Forderung wird daher der ratifizierte, aber noch nicht in Kraft getretene, Friedensvertrag verletzt und gebrochen.

Die Note geht ferner von dem Standpunkt aus, daß Deutschland zur unverehrten Erhaltung der Schiffe verpflichtet gewesen sei. Die Erfüllung einer solchen Verpflichtung wurde jedoch der Reichsleitung und ihrer Organe durch das Abschneiden der Verbindung mit der internierten Flotte unmöglich gemacht. Ihn übrigen ergibt sich zur endgültigen Bekräftigung unseres Standpunktes aus den Protokollen der Waffenstillstandsverhandlungen, daß die Schiffe 1. nur für die Dauer des Waffenstillstands, 2. nur zur Sicherung gegen neue Feindseligkeiten interniert werden sollten. Das U-Boot U/C 48 hatte den vereinbarten Auftrag, im spanischen Hafen Ferrol die Uebergabe vorzunehmen. Einen dem widersprechenden Befehl der Entente zur Ueberführung nach Frankreich beantwortete der Kommandant im Dilemma zweier sich widersprechender Orders mit Versenkung.

Die Folgen der geforderten Auslieferung wären katastrophal. Die Kriegsmarine, der auch nach weislich erwogener Ansicht der Entente eine Reihe von Aufgaben zu lösen bleibt, wie: Bewachung und Sicherung der Küste, Ausübung der Zollhoheit, Beseitigen der Minengefahren und vieler anderer, wird auf die ältesten Fahrzeuge zurückgeworfen und zu einem Gespensterdasein verurteilt.

Die Auslieferung der Schwimmdocks und Schwimmkrane raubt uns die Möglichkeit, unser Handelsschiffsmaterial, das durch Krieg und Auslieferungen bereits vernichtend getroffen ist, instand zu halten und zu ergänzen. Die deutsche Flagge wird nicht nur von den weiten Meeren, sondern auch aus den deutschen Häfen vertrieben, Tausende von Arbeitern werden brotlos und die notwendigen Reparaturen und schiffstechnischen Arbeiten werden zu wahnsinnigen Preisen an das Ausland zu vergeben sein.

Die Abgabe der Schlepper ergänzt das Bild von der Erdrosselung unseres Seehandels. Schlepper sind unentbehrlich für den Uebergang von der Seeschiffahrt auf den Binnenwasserverkehr, ja für Beladen und Löschen, Einbringen und Unterstützen bei Seeschiffe überhaupt. Keine größere Segelschiffahrt ist möglich ohne Schlepper, welche die Segler von See einholen und sie beim Ein- und Auslaufen in den langen


1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

bringen jährlich 50 Mark Sparzinsen, außerdem Bonus und Gewinne